

Er scheint täglich nachmittags mit Wiedergabe der Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis monatlich 50 s. 1/2 Jährl. 1.20 s. pro Annum. Frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 s.
"Die Neue Welt" (Inhaltsverzeichnisse) durch die Post nicht bestellbar. Jährlich monatlich 10 s. 1/2 Jährlich 30 s.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Inserionsgebühren beträgt für die 6spaltige Zeile oder deren Raum 10 s. für Wohnungs-, Vereins- und Veranlagungsanzeigen 10 s. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 s.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Verzeichnisse unter Nr. 7501.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeit, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Nr. 95 Halle a. S., Sonntag den 23. April 1899. 10. Jahrg.

Der 1. Mai

rückt heran und damit erwächst für die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Pflicht, Stellung zu der Maifeier zu nehmen.
Das ist bisher nur in recht beschränktem Maße geschehen. Auch in diesem Jahre muß der auf allen sozialdemokratischen Parteitagungen gefaßten Resolution, soweit wie es ohne Gefährdung der Existenz möglich ist, den Tag durch Arbeitsruhe zu feiern

im größtmöglichen Umfange nachgekommen werden. Der **Zuchthauskurs** kann nicht besser beantwortet werden, als durch eine **Massendemonstration für den achttündigen Arbeitstag.**

Jeder organisierte Arbeiter, dem es nur halbwegs möglich ist, hat die Pflicht, an der Mai-Demonstration sich zu beteiligen. Dies kann er nur, wenn er an diesem Tage die **Arbeit ruhen lässt!**

Darum auf, Genossen! Wirkt für eine zahlreiche Beteiligung an der Maifeier!
Hoch der Achttundentag! Nieder mit dem Zuchthauskurs!

Bernsteins Auffassung über die Sozialdemokratie.

II.
"Wenn Bernsteins Buch zu so vielen Mißverständnissen" — so nennt er die Urteile derjenigen Parteigenossen, welche aus seiner Schrift herausgelesen haben, er scheitert nicht mehr auf dem Boden der Sozialdemokratie — Anlaß gibt, ist er selbst schuld. Er verliert sich in der oberflächlichen Erklärung, Werterschätzung und Begründung dieser Erscheinungen so gewollig, daß man sich erstaunt fragt, wie es nur möglich ist, daß ein Eduard Bernstein zu etwas schreiben konnte. Wieviel lassen Bernsteins Ausführungen jede, aber auch wirklich jede Spur von Wissenschaftlichkeit vollständig vermissen.
Will jemand wissenschaftlich die wahren Ursachen der Gestaltung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung erklären, so muß er zunächst aus den Erscheinungen der Gegenwart das unbestreitbare Mittel ziehen. Dann muß er diese Erscheinung der Gegenwart in Verbindung bringen mit dem, was vorher war; er muß die treibenden Kräfte in Betracht ziehen, welche aus den vergangenen die gegenwärtigen Zustände formten und kann dann unter genauer Bewertung der bisher schon wirksamen, sowie der noch neu hinzutretenden Entwicklungsfaktoren auf die Zukunft schließen. — So würde die einzig denkbare wissenschaftliche Methode verfahren wissen, und so sind Marx und Engels in ihrem unerschütterlichen kommunistischen Manifest verfahren.
Bernstein beliebt eine andere Methode, die ihn denn auch zu den ärgsten Fehlschlüssen verleitet. Er geht von falschen Voraussetzungen aus und muß dann natürlich auch zu irigen Fehlschlüssen gelangen. Ja, es scheint ihm, als habe Bernstein folgende, durchaus verwerfliche Konstruktionsmethode angewendet: Um zu der von ihm gewünschten Schlussfolgerung zu gelangen, greift er aus den Erscheinungen der Gegenwart gerade das heraus, was ihm paßt und läßt alles andere außer Betracht. Bernsteins Wunsch, die Katastrophentheorie vermeiden zu können, und zu diesem Zwecke konstruiert er sich eine Gegenwart zusammen, die alles andere ist, nur keine Wirklichkeit. Bernsteins Wunsch, die Marx'sche Welttheorie über den Haufen zu werfen, und zu diesem Zwecke malte er aus den Erscheinungen der Gegenwart ein Bild, in dem die wichtigsten Faktoren fehlen. Bernsteins Wunsch, die Expropriation der Kapitalistenklasse vermeiden zu dürfen, und zu diesem Zwecke dichtet er dem Proletariat und den Kapitalisten eine Entwidlungsfähigkeit an, die sie einfach nicht besitzen und sie besitzen können.
Diese verwerfliche Methode Bernsteins, bei der er nicht aus den unanfechtbaren Tatsachen der Gegenwart auf die Zukunft schließen will, sondern, um die von ihm gewünschte Zukunft herbeizuführen zu können, sich über die Wirklichkeit hinwegsetzt, ist es, was in erster Linie und aufs schärfste zu tadeln ist und aus der sich der wissenschaftliche Unwert seines Buches ergibt.
Daß vorstehende Kritik nicht ungezogen ist, möge ein Bei-

spiel beweisen. Bernsteins behauptet, die Zahl der Bescheiden sei nicht kleiner sondern größer geworden, der zunehmende gesellschaftliche Reichtum verteilte sich nicht auf eine immer mehr zusammenschumpfende Zahl von Kapitalisten sondern ergiebt sich über eine wachsende Zahl von Kapitalisten aller Grade. Was führt nun Bernsteins zur Begründung dieser Behauptung an, die, wenn sie erwiesen wäre, wirklich eines der wichtigsten Stützpunkte der sozialistischen Idee wegriffe? Er kann sich auf nichts weiter berufen, als auf einige Ergebnisse der Einkommenstatistik in Preußen und England. Und dabei identifiziert er sogar die Begriffe Besitz und Einkommen! Weil die Zahl der Einkommen über 3000 M. seit 50 Jahren in Preußen gestiegen ist, deshalb ist die Verteilungstheorie widerlegt. Ja, wer sich seine Beweise so konstruiert, der kann auch beweisen, daß nicht China durch die europäischen Mächte aufgeteilt, sondern Europa von China anverleert wird. Ihm ungenügende Tatsachen läßt Bernsteins einfach in seinem Kallal außer Anschlag. Er berücksichtigt nicht, daß die Zahl der Selbständigen in Handel, Industrie und Landwirtschaft in Deutschland von 1882 bis 1895 sich von 32 auf 29 Proz. der Erwerbstätigen vermindert hat; er berücksichtigt nicht, daß in der kurzen Spanne Zeit zwischen den beiden Verzeichnissen von 1882 und 1895 die Gesamtbevölkerung Deutschlands um 13 Proz. gewachsen ist, dabei aber das Proletariat um 22 Proz., die Selbständigen nebst Familienangehörigen nur um 1 Proz.; er berücksichtigt nicht, daß das Wesen des selbständigen Handwerksmanns sich mehr und mehr dahin ändert, daß der Handwerker nicht mehr oder wenigstens nicht mehr zum größeren Teile seine Waren selbst erzeugt sondern die Halb- oder Ganzfabrikate aus kapitalistischen Betrieben bezieht, daß er also aus einem Produzenten ein Händler, sozusagen ein Agent des Großbetriebs geworden ist.
Die Gewerkestatistik zeigt uns ferner, daß in Deutschland von 1882—1895 die Betriebe mit mehr als 1000 menschlichen Arbeitkräften um 110 Prozent zugenommen haben, die mit 50—1000 Arbeitern um fast 80 Prozent, die mit 6—50 Arbeitern um reichlich 76 Prozent und die mit 1—5 Arbeitern um 24 Prozent, während die Kleinbetriebe von 1877/82 auf 1714351, also um 8,7 Prozent abgenommen haben.
Auf viele andere von Bernsteins völlig unbeachtet gelassene, für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch äußerst wichtige Umstände soll hier nicht weiter eingegangen werden. Es genügt, an dem einen Beispiel nachgewiesen zu haben, wie Bernsteins sich die auslageliebenden treibenden Kräfte der Gegenwart zu Unrecht zurechnet, um daraus sich sein katastrophales Zukunftsbild konstruieren zu können.
Daß sich Marx und Engels vor fünfzig Jahren, als sie ihr kommunistisches Manifest schrieben, in dem Tempo geteilt haben können, in welchem der kapitalistische Klassenstaat seinem Zusammenbrüche zueilt, mag zugegeben werden; das beweist aber nicht das Geringste gegen ihre Theorie an sich.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. April 1899.
Das Abgeordnetenshaus beschäftigte sich am Freitag mit der ersten Beratung der Vorlage betr. die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen. Abg. Dr. Langemann von der Freil. Volksp. wies darauf hin, daß die Vorlage die Hoffnung auf die so oft versprochene umfassende Medizinalreform gründlich enttäusche. Der Kreisarzt wird allerdings materiell etwas besser gestellt. Während für die Landkreise die Besoldung des Kreisarztes derart geregelt wird, daß eigentlich der Landrat die Hauptrolle spielen, ist andererseits ein Eingriff in die Rechte der städtischen Selbstverwaltung geplant, indem der Kreisarzt dort nicht nur Sitz und Stimme in den Gesundheitskommissionen habe, sondern sogar besetzt sei, die, selbständig zusammenzutreten.
Unbedingt für die Vorlage traten von den Freikonservativen Graf Douglas und der Konservativ v. Balbo w namens ihrer Parteien ein. Die Nationalliberalen Dr. Martens und Dr. Endemann, sowie der Zentrumsvorordnete Dr. Kagenberg schloßen sich ebenfalls an, daß die Vorlage zu wenig tiefe. Insbesondere verlangten die Nationalliberalen Kerner, daß der Kreisarzt zu einem vollen Beamten gemacht und dementsprechend auch seine Besoldung erhöht werden müsse unter der Voraussetzung, daß ihm die Privatpraxis gänzlich untersagt sei.
Gegen dieses Verlangen nahmen Kultusminister Boffe und Finanzminister v. Miquel entschiedene Stellung. Beide bemühten sich, nachzuweisen, daß zu einer solchen Entwertung kein Bedürfnis vorliege. Für gewisse Fälle, in dicht bevölkerten Gegenden, namentlich in großen Städten, wolle allerdings Herr v. Miquel die Konzession machen, daß dem Kreisarzt die Privatpraxis ganz entzogen werde und dieser nur sein Augenmerk auf die öffentliche Gesundheitspflege zu richten habe, in welchem Falle auch das Gehalt erhöht werden würde. Eventuell könne man nach früherem hannoverschen Vorbild sogenannte "Stadtphysici" anstellen. Beide Minister erklärten, daß mit der Annahme der Vorlage der weiteren Entwicklung der Medizinalreform in höherer Instanz nicht prejudiziert werden solle. Die Vorlage wurde schließlich an dieselbe Kommission verwiesen, welche den Antrag betr. die Errichtung städtischer Erzeugnisse verhandelt. Am Montag stehen auf der Tagesordnung die Aufstellungsgesetze zum Handelsregisterbuch und zur Grundbuchordnung, sowie die Vorlage betreffend die Berliner Gerichtsorganisation.
Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung und die Schwefel Karola. Das Stadterordneten-Kollegium beschäftigte sich in der Donnerstags-Sitzung mit der Prädikament-Prüfung. Es fanden zwei dringliche Anträge auf der Tagesordnung. Ein Antrag scharfbedingte ging dahin, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, welche Maßnahmen er für die diesem Waisenkaufe überwiegenen Kinder zu treffen gedente. Von den Stadtverordneten Singer und Genossen war dagegen der Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, die von der städtischen Waisenverwaltung in dem katholischen St. Josephs-Waisenkaufe untergebrachten

Vorteilhafteste Kaufgelegenheit.

Um unsere grossen Vorräte **emailierter Kochgeschirre** vor der Inventur zu reduzieren, gewähren wir **von heute ab bis Ende d. M.** auf unsere **anerkannt billigen Preise extra**

10 Proz. Rabatt.



Porzellan.



Emaille



Kompl. Waschgarnitur von M. 2.50 an.

Gleichzeitig empfehlen wir in großer Auswahl
Kompl. Kücheneinrichtungen
à 15, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 75, 100, 150, 200,
300 und 400 M. etc.

Auf unsere sehr beliebten
neublau email. Geschirre
machen wir besonders aufmerksam.
Große Auswahl in bunten email. Geschirren, wie
Vorsatzglas aufhebend

Streng reelle Bedienung. Garantie auf jedes Stück. Umtausch gestattet.

Anfertigung email. Schilder in allen Grössen.

Erstes Geschäft:
Leipzigstraße
Neubau C. A. Krammisch
Bart. und 1. Etage.

Burghardt & Becher

Zweites Geschäft:
Declarisstraße
Ecke
(an der Gasse).
à 60, 70, 80, 100 P.
K. K.

Fernsprecher 1226.



Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag den 23. April vormittags 11 Uhr im Saale des Hofensollern
Ludwig Buchererstraße 39

Zimmerer-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Matzeier.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Nichts jedes Zimmerers
von Halle und Umgegend, pünktlich zu erscheinen.

Arbeiter-Bildungsver., Halle u. U.

Turn-Abteilung.

Sonntag den 23. April von nachm. 4 Uhr ab im großen Saale
von Osborgs Bellevue, Lindenstraße.
7. Stiftungstag.
bestehend in Kränzchen, Gesang, literarischen Aufführungen etc.
Zu zahlreicher Beteiligung ist der Herr Vorstand.

Sohlleder-Ausschnitt,
fertige Schäfte,
Schuhmacher-Werkzeuge,
braunen Grème-Sack etc.
empfehlen

H. Wiebach
Lederhandlung, Nikolaistr. 12.

Ordentl. Generalversammlung des Konsumvereins für Dessau und Umgegend

Sonntag den 30. April 1899 nachmittags 3 Uhr im Bergeländischen Lokal zu
Frieddorf.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Geschäftsbericht. 3. Bericht des Auf-
sichtsrates über Statutenänderungen. 4. Berathenes.
Mitgliederarten II d mitzubringen.

Der Vorstand. E. Petermann. W. Fauschild.

Gesangverein Einigkeit, Merseburg.

Sonntag den 23. April 1899 in der „Reichstrone“

Vergnügen.

bestehend in Abes d. Unterhaltung und Tanz.
Alle Arbeiter und Freunde sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Selten günstiges Angebot.

Kleiderstoffe Baumwolle in allen Farben Meter 36 Pf.	Kattune, reizende Muster, Meter 24 Pf.	Tepiche, mit kleinen Web- schürzen Stk. 7.50 M.	Bei einem Einkauf von 1 Mark an erhält jeder Käufer einen Becher mit Ansicht gratis.	Bett-Zulets, Gelegenheitskauf Meter 38 Pf.	Gardinenhängen, gebogen, Stück 58 Pf.	Damenputz in großer Auswahl
Kleiderstoffe wie Baize in 8 versch. ed. Farben Meter 50 Pf.	Kattune, reizende Muster, Meter 38 Pf.	Tepiche, Arminster, Stk. 4.50 M.	Warenhaus R. Perlinsky & Co., Gr. Ulrichstr. 27.	Handlicher, Gelegenheitskauf Meter 25 Pf.	Gardinenhängen, versteuert, Stück 50 Pf.	Damen- Kapothüte, Stk 75 bis 900 Pf.
Kleiderstoffe, Wolfe u. Seide, Meter 78 Pf.	Kattune, Nouveautés, Meter 50 Pf.	Gardinen Meter 5-140 Pf.		Bett-Kattune, reizende Muster, Meter 35 Pf.	Küchenlampen Stück 24 Pf.	Kinderhüte, garniert, Stk. 38 bis 400 Pf.
Kleiderstoffe, Wolle u. Seide, Meter 1.10 M.	Battiste, reizende Muster, Meter 58 Pf.	Gardinen, Spachtelkante, weiß und creme M. 38 Pf.	Konsum-Vereine erhalten Fleischmarken.	Deutsch-Druck, Meter 55 Pf.	Zylinder, Stück 3 Pf.	Sämtliche Zuthaten zur Damensneiderei
Kleiderstoffe, Nouveautés, Meter 1.50-6.50 M.	Organdis, Nouveautés, Meter 68 Pf.	Bettvorleger, Arminster, Stk. 85 Pf.		Kleider-Barchent, gewebt, Meter 36 Pf.	Zeller, tief und flach, Stück 7 Pf.	Reise- und Wasch-Körbe spaltbilig.
Kleiderstoffe, Seppier, Meter 44 Pf.	Muffeline, reizende Muster, Meter 68 Pf.	Bettvorleger aus Fell Stk. 1.25 M.	Wir bitten unsere Schaufenster zu beachten!	Schürzen für Damen u. Kinder in großer Auswahl.	Schneuertücher, Stück 9 Pf.	Glühlicht- körper, abgedruckt, Stück 35 Pfennig.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß - Druck der Halle'schen Genossenschafts-Verlagsdruckerei (G. G. u. S. S.) Halle a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr 95

Halle a. S., Sonntag, den 23. April 1899.

10. Jahrg.

Die Eingemeindung Siebichensteins.

Die seiner Zeit vom Gemeinderate in Siebichenstein eingeleitete Eingemeindungs-Kommission beauftragte in ihrer Sitzung vom 14. März den Gemeinde-Vorstand, ein längeres Gutachten über die Eingemeindung auszufertigen und der Kommission vorzulegen.

Dieses ist nun geschieden. Das Gutachten, das die nächste Sitzung der Kommission beschäftigen wird, ist sehr sorgfältig und objektiv ausgearbeitet und legt die Vor- und Nachteile einer eventuellen Eingemeindung ausführlich dar. Es sind 6 Fragen gestellt und wir geben sie ausgedehnter wieder:

1. Ist die Eingemeindung notwendig? Diese Frage wird unter Hinweis auf die Schaffung von Wasserleitung, Kanalisation, Gasbeleuchtung etc. verneint.

2. Ist die Eingemeindung zweckmäßig und daher wünschenswert? Hier folgt eine eingehende Darstellung der Grenzverhältnisse, des Schulwesens, Hypothekensachen und dergleichen. Mit Bezug auf die Grenzverhältnisse wird gesagt, daß infolge dieser die Handhabung der äußeren Ordnung sehr erschwert werde.

Von besonderer Bedeutung sei aber das höhere Schulwesen, das Siebichenstein ganz entbehrt. Die Siebichensteiner müßten ihre Kinder in die Schulen nach Halle schicken, dies koste bedeutend mehr, als wenn man in Halle selbst wohne. Mancher Bessersitruer werde dadurch abgehalten, in Siebichenstein seinen festen Wohnsitz zu nehmen. Beachtung verdient auch das Hypothekensachen, da bekanntlich die Sparkassen auf Grundstücke in Dörfern unter 30 000 Einwohnern nur schwer Gelder verleihen und deshalb die Siebichensteiner Grundstücksbesitzer höhere Zinsen bezahlen müßten wie in Halle. Auch die Steuerverhältnisse würden sich unter Berücksichtigung der zur Zeit von Siebichenstein auszubringenden Kreissteuern im Falle der Eingemeindung günstiger gestalten. Ferner seien in Betracht zu ziehen die halleschen Wohltätigkeitsanstalten wie Siechenhaus, Hospital, Nervenanstalt etc. Ebenso würden die Siebichensteiner Handwerker einen Vorzug von der in Halle neu zu erbauenden elektrischen Zentrale haben. Auch die postalischen Verhältnisse Siebichensteins würden eine Verbesserung erfahren.

Gemeinnützige Interessen haben weiter beide Dörfer durch die Straßenbahnen und das Diakonissenhaus. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse würden durch die Eingemeindung günstig beeinflusst werden. Nach allen diesen Argumenten kommt die Deckschrift zu einer Bejahung der 2. Frage.

Die 3. Frage: Welche nächsten Aufgaben stehen der Gemeinde Siebichenstein im Falle der Eingemeindung bevor? wird durch den Hinweis auf die Notwendigkeit der Erbauung eines öffentlichen Schlachthauses, sowie verschiedener anderer Gebäude erledigt.

4. Welche Vorteile hat der Kreis bisher der Gemeinde geboten, bezw. welche Gegenleistung hat die Gemeinde für die mehr denn 40 000 Mk. Kreissteuern jährlich erhalten. Es werden hier zunächst die Zuschüsse zu den Straßenausbaukosten in Höhe von 4000 Mk., sowie die Beiträge zu den Provinzial-

anstalten für Laubstumm, Trunksucht und Blinde, Stühle, Siehe etc. in Höhe von 33 551 Mk. angeführt. Vorteile seien deshalb bei einer Eingemeindung unbedingt zu verzeichnen, da die Leistungen des Kreises höchstens die Hälfte der gezahlten Steuern erreichen.

5. Welche Bedingungen hat Siebichenstein zu stellen? Bei einer Eingemeindung sei zunächst Bedacht zu nehmen auf den Straßenausbau und auf die entsprechende Vertretung in den städtischen Behörden, und zwar letzteres durch 1 unbesoldetes Magistrats-Mitglied und eine Anzahl Stadträte. (Ein beigegebener Eingemeindungsvertrag legt die Zahl der Stadträte vorbestimmt mit Treiben und Kollwitz auf neun fest.) Ferner müssen die Gemeindegemeinden nach dem letzten Modus beschaffen werden, die Zuschläge zu den Personal- und Realsteuern sind in gleicher Höhe wie in Halle zu bemessen und dürfen in den nächsten 5 Jahren den zur Zeit der Eingemeindung in Siebichenstein bestehenden Prozentsatz nicht übersteigen. Bei Errichtung höherer Schulen ist der Vorbehalt zu berücksichtigen. Der Verbleib der Schul-, insbesondere die Verbindungsstraße zwischen Schmeltzer- und Adolfsstraße ist innerhalb längstens zweier Jahre auszubauen.

Der 6. Punkt: Wie hoch sind zur Zeit die Siebichensteiner und die halleschen Steuern? subskribiert liberalistisch die in beiden Orten gezahlten Steuern, woraus hervorgeht, daß die Siebichensteiner jetzt mehr Steuern bezahlen, als die Halleser. Wie werden auf das ausführliche Zahlenmaterial später noch näher eingehen.

Hoffentlich gelangt nun die Eingemeindungsfrage bald zum Abschluß zum Nutzen für Halle und noch mehr für Siebichenstein.

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 22. April 1899.

Die Gründung eines Arbeiterssekretariats ist von der gestern abend in DeBorgs Saal eine tagenden öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen endgültig beschlossen worden. Leider war die Versammlung bei weitem nicht so stark besucht, als wohl trotz des regen Interesses später hätte erwartet werden können. Genosse Willard, der Leiter des Berliner Gewerkschaftsbüros, erläuterte das Referat. Ausgehend von den Februarereignissen, die dem Arbeiter eine volle soziale Fürsorge in Aussicht stellten, verbreitete sich Redner über die Wandlungen zum heutigen Buchstaus. Der Lohnarbeiter muß selbst die Vorsehung seines Schicksals in die Hand nehmen, um das Erworben zu sichern und um weitere Fortschritte anzubahnen. Dazu ist das Arbeiterssekretariat berufen. Ferner erfordert die Gewerkschaftsbewegung in den Industriezweigen so viel Arbeit, daß eine Zentralstelle errichtet werden muß. In allen Städten, die ein Sekretariat errichtet haben, hat sich dasselbe überaus gut bewährt. Das Sekretariat soll den Arbeitern bei Bedarf Auskunft erteilen über das Unfall-, Renten-, Alters- und Invalidengeld sowie in allen den anderen zahlreichen Rechtsfragen, die an ihn herangetragen und denen er hilflos gegenübersteht, wenn er nicht die teure Hilfe eines Anwaltes in Anspruch nehmen will. Wären schon in allen Industriezentren Sekretariate in Tätigkeit, so täten bei den Arbeiter zu den

Sozialgelegen die von den Sekretariaten zu sammelnden Materialien von entscheidendem Einfluß sein. — An die sehr heftig aufgenommenen Rede des Genossen Willard schloß sich eine längere Debatte über die vom Gewerkschafts-Komitee gestellten Anträge, welche dahin lauteten, daß das Sekretariat am 1. Juli in Kraft treten und zur Erleichterung der weiteren Vorarbeiten eine Kommission gewählt werden solle. Diese Kommission herrschte in der Hauptfrage, daß als ein Sekretariat zu errichten sei. Nur wärmten die Genossen Reinwand, Krüger und Schade davon, die Gründung vorzunehmen, ehe die finanzielle Sicherstellung auf ein Jahr vorhanden ist.

Die Genossen Albrecht, Thiele und Hryn erkannten die Bedenken als berechtigt an, doch dürfe man sich durch sie nicht von der kräftigen Weiterarbeit an der Errichtung des Sekretariats abhalten lassen. Gegen zwei Stimmen wurde schließlich der Beschlussesatz des Genossen Thiele angenommen, die Gründung des Sekretariats auszusprechen, eine Kommission zu wählen und dieser die Aufgabe zu stellen, für Sonnabend, den 13. Mai, eine weitere öffentliche Gewerkschafts-Versammlung einzuberufen, woselbst genauere Besprechungen unterbreiten sind, so daß die Versammlung endgültig den Termin, an dem das Sekretariat ins Leben zu treten hat, bestimmen. — Rammeyer ist an der halleschen Arbeiterschaft, durch reges Eintreten für die von allen erwünschte Einrichtung die Mittel zum e forderlichen Zweck aufzubringen. Die Kommission wird das Weitere bestimmt geben. In die Kommission wurden gewählt die Genossen Thiele, R. Reinwand, Schmale, Böling, Horte, Wödes, Ruelius, Meyer.

Die Jahresversammlung des Vereins deutscher Kreisärzte tagt seit Freitag hier. Namens der Untervereinigung Dr. Schröder, namens der medizinischen Fakultät Dr. Weber, namens der Stadt Halle Bürgermeister Dr. Heller den Kongreß. Dem besprochen Geheimrat Hitzig als Leiter der Jahresversammlung. Die in der geschäftlichen Einleitung der Physiker in Halle, die im wesentlichen mit der Gründung der Rielleser Anstalt begann. Die physikalische Klinik, die eingerichtet wurde, war die erste in Preußen und ist für viele Institute vorbildlich geworden. — Bei dem Preisausgleich für einen Zeitfaden über die Wärrerpflege wurde dem Arzt des Krankenhauses in Waldbühl, Dr. Scholz, der Preis zuerkannt.

Heraus sprach Professor Dr. Wollenberg-Hamburg über die Grenzen der kaiserlichen Zurechnungsfähigkeit bei physischen Krankheitszuständen. Da dieses Gebiet von großer Wichtigkeit für unsere Strafrechtspflege ist, geben wir die näheren Ausführungen nach der Hall. Bz. wieder:

Die Strafrechtswissenschaft hat bei der Beurteilung der einschlägigen Fälle mit einer sehr verwickelten Sachlage zu tun. Entweder sind die einzelnen Umstände in das Gesetz aufgenommen, oder es werden die intellektuellen Punkte angeführt. Eine dritte Gruppe zu der auch das deutsche Strafrecht gehört, geht von der Wissenschaft aus. Richter hat darauf hingewiesen, daß es völlig unzulässig ist, immer wieder die Frage der Willensfreiheit zu erörtern, es handelt sich nie um den Nachweis der tatsächlichen Umstände, welche die freie Willensfreiheit mangelt. Zu vermeiden ist die heute geübte schroffe Gegenüberstellung von Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit, weil diese nur zur Beurteilung in ganz ausserordentlich extremen Fällen genügt. Außer bei acht haben dabei die zahlreichen Zwischenfälle. Eine absolute Grenz ist hier einzuweisen zu ziehen, wie sonst unmöglich Gesundheit und Krankheit. Redner bezieht sich wiederholt auf die Verhältnisse solcher Gesundheitszustände. In unterbreiten ist

Hervorragend schöne

Kleider-Stoffe

für Frühjahr und Sommer in unübertroffener Auswahl von der einfachsten bis zur feinsten Art.

Fortlaufend grosse Eingänge besonders geschmackvoller

Neuheiten in Damen-Konfektion.

Jackets, Kragen, Regen- u. Staubmäntel, fertige Kleider, Blusen, Morgenröcke, Mädchenkleider etc.

Für Herren und Knaben:

fertige Anzüge, Ueberzieher, Joppen, Havelocks etc. — auch nach Mass.

Verkauf zu aussergewöhnlich billigen, festen Preisen.

Brummer & Benjamin,

Grosse Ulrichstrasse 23.

Gardinen, Portiären, Teppiche, Möbelstoffe, Läuferzeuge, Tischdecken.

Reste-Tage

von Montag den 24. April bis Donnerstag den 27. April.

Es kommen in den Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen die im Laufe der Saison entstandenen

Reste, passend für Kleider, Röcke und Blusen,

ebenso die in unserer Fabrik angesammelten **Muster-Coupons.**

Ültzensche Wollenweberei

Fabrik und Spezialhaus für Damen-Kleiderstoffe.
Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 13-15.

Konsumverein für Giebichenstein und Umg.

©. u. b. S.
Dienstag den 25. April abends 8 Uhr im „Burgtheater“
zu Giebichenstein

ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene halbe Geschäftsjahr.
2. Errichtung einer Filiale in Giebichenstein.

Der Vorstand.
G. Gerig. R. Schulze.

➔ Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. ➔

Rabeninsel.

Restaurant „Zum Inselchöpfchen“

Sonntag den 23. April 1899

Vereins-Kränzchen.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Roitzsch.

Ein Expedient für das Volksblatt wird sofort gesucht. Zu melden bei Otto Schauf in Roitzsch sowie in der Expedition unseres Blattes, Halle, Geiststraße 21.

Ueberzeugung macht wahr!
Wohel u. Seiten läuft man nicht.
am allerbill., recht und gut nur
18a, 1. St. Ulrichstr. 18a, 1.
Balk. Stiel p. 33 R. Salonsitz
10 R. Bettstelle mit Matr. 30 R.
17 R. Bettstelle mit Matr. 30 R.
Kleiderständer 22 R. Hochbillig.
H. Ulrichstraße 18a, 1.

Für Gastwirte!

4 neue tuffte die Hochbillards, à Stück
100. te kauft
Otto Kuhn,
R. Seb r. U. b. Meiel 2.

Gatterbeutel

verk. bill. Sternlicht, Bienenstr. 10

Brauerei Albert Morell

Halle a. S., Fernsprecher 486
empfeht angelegentlich

Schankbier,

bestes Haushaltungsbier, garantiert nur aus Malz
und Hopfen hergestellt.

Per 48 Flaschen 3 Mark.



Dampferlinie Halle-Rabeninsel

Täglich von mittags 2 1/2 Uhr an 1/4 stündliche, Sonntags von 2 Uhr an 1/4 stündliche Abfahrten.

C. Schröpfer, Unterplan.

Zeit. Kämpfers Restaurant, Wasservorstadt 29.

Dienstag den 25. April ladet zum

Kaffee-Kränzchen

Kourad Kämpfer.

Wer einen chicen Anzug

S. Weiss, Halle a. S.

Größtes Spezial-Geschäftshaus der Provinz Sachsen.

Die Ausstellung von Neuheiten

in meinen

14 großen Schaufenstern

bietet in Modell-Façons Hervorragendes in Bezug auf modernen Geschmack, gediegene exakte Herstellung meiner Konfektion.
Es ist deshalb für jeden Käufer von Vorteil, der Ausstellung in meinen Schaufenstern gefl. Beachtung zu schenken, woraus die

enorme Auswahl, Preiswürdigkeit und Umfang

meines Geschäfts ersichtlich ist. Empfehle:

Frühjahrs-Paletots,
Havelocks,

Gummi-Mäntel
mit Stoffbezug.

Kutscher-Mäntel,
Zivree-Anzüge,
Joppen.

Saison-Anzüge,
Smoking-Anzüge,
Gesellschafts-Anzüge,
Frack-Anzüge,
Radfahrer-Anzüge
von 11 Mk. an,
Kellner-Anzüge,
Radfahrer-, Turner- u. Kellnerhosen.

Anfertigung nach Maß
wird zu den billigsten Preisen unter
Garantie tadelloser Sitzens sorgfältig
ausgeführt.

**Knaben-Anzüge,
Knaben-Paletots,**
neueste Façons, eleganteste Ausführung,
größte Auswahl.

zuvor die Ausstellung in

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. u. S.) Halle a. S.

meinen Schaufenstern.

kaufen will, besichtige

An die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei im Reg.-Bez. Merseburg.

Zu Ausführung des Beschlusses unserer Bezirks-Konferenz am 18. September 1898 wird hierdurch bekannt gegeben, daß folgende Genossen für dieses Jahr als Agitations-Komitee für den Reg.-Bez. Merseburg gewählt worden sind:

- Karl Reiwand, Halle a. S., Mühlstraße 6,
- Paul Wötcher, „ „ Schülerschhof 1,
- Georg Zering, Giebichsheim, Giebichsdorffstr. 25.

Dem Bezirkskomitee liegt nach dem Konferenzbeschlusse vom vorigen Jahre ob, für Referenten zu sorgen und die Broschüren- und Flugblatt-Agitation zu vermitteln. Die einzelnen Koststellen haben zu den allgemeinen Kosten der Agitation verhältnismäßig beizutragen.

Die auswärtigen Vertrauensmänner werden gebeten, ihre Adressen an den unterzeichneten Vorsitzenden des Komitees einzufenden. Selbstungen sind zu adressieren an den Kassierer Paul Wötcher.

Karl Reiwand,
Vorsteher des Vertrauensmanns.

Tagesgeschichte.

Halle, 22. April 1899.

Sozialdemokraten im Kirchen-Kollegium. Die Frage, „ob Sozialdemokraten als Kirchenmitglieder dem Kirchenkollegium angehören können“, ist für,lich von der Protestantischen Synode in Schleswig-Holstein in benehmen Sinne beantwortet worden. Das Kirchenkollegium in der Diözese Sanbe hat Verordnungen für den Zweck die Sozialdemokraten Bielefeld und Schadt zu Kirchenmitgliedern ermächtigt. Von einigen Gemeindeglieder ist darauf gegen diese Maß Einspruch erhoben worden, in dessen Verfolgung sich die Hochfreisynode mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. In einem Schreiben ist den Benannten summe die Mitteilung geworden, daß die Wahl von der Synode nicht bestätigt worden ist. Der begründete Teil der Verfügung hat folgenden Wortlaut:

Die Wahl der Herren Bielefeld und Schadt wird für ungültig erklärt, weil durch deren Wahl die ausgedehnte Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei — deren Stellung zur Kirche und zum Christentum anerkanntermaßen eine feindliche ist — es ausgeschlossen ist, daß sie das in der Kirchen-Gemeinde- und Synodalordnung vorgeschriebene Gebilde im rechten Sinne ablegen und die Pflichten der Kirchenmitglieder, wie sie namentlich in diesen Paragraphen vorgeschrieben werden, in einer dem Wesen der Gemeinde und dem kirchlichen Frieden dienenden Weise erfüllen können. Es ist daher den Herren der Zutritt zu diesem Amte so lange zu verweigern, bis dieselben durch ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Partei ihren Beitritt zur Kirche in diesen Paragraphen vorgeschriebener Weise erklären. Die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, deren Bestehen auf Verletzung von Kirche und Christentum beruht, ist nicht zu berücksichtigen.

Man sollte doch meinen, fügt die Frankf. Ztg. dieser Mitteilung an, daß es Sache der Betroffenen selbst ist, darüber schlüssig zu werden, ob sie das vorgeschriebene Gebilde im rechten Sinne ablegen können.

Eine „Nötigung“ kann auch strafrei sein — so hat der Strafensal des Oberlandesgerichts in Dresden entschieden. Der an sich nebenwichtige Fall ist deshalb interessant, weil er zu einem Vergleich damit herausfordert, wie der Nötigungsparagraph von lässlichen, speziell Dresdener Vergehen samt dem Oberlandesgericht Arbeitern gegenüber, die bei Streiks oder sonstigen Gelegenheiten ihre Interessen

wahrnehmen, angewandt und definiert wird. Ein Kaufmann Richter in Riederlöbnitz hatte in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher auf der Expedition des Gemeindevorsteher vom Magistrat die Verlegung eines amts-hauptmannschaftlichen Verfügung behufs Einziehung verlangt. Der Magistrat konnte dem an sich berechtigten Wunsch nicht nachgeben, weil das Schriftstück in den Händen des Gemeindevorsteher war. Darüber aufgebracht, drohte Richter dem Magistrat, ihn von seinem Posten zu bringen, wenn er in einer Stunde das Schriftstück nicht bringe. Wegen dieser Nötigung wurde Richter, ein „gutgestimmter“ Bürger, vom Schöffengericht und vom Landgericht zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, wogegen er Revision einlegte. Das Revisionsgericht fand nun zwar auch die Anwendung des Nötigungsparagraphen (§ 240) ganz korrekt angewendet, es sprach aber den Angeklagten trotzdem frei, weil er sich in einem nicht strafbaren Irrtum befunden habe (II), als er die drohenden Worte aus sprach. — Wie oft mußte nicht schon über Fälle berichtet werden, wo Arbeiter wegen irgend einer in ihrem Arbeiterinteresse gegen Unternehmer oder „Arbeitswillige“ gehaltenen Aeußerung zu wochen- und monatelangen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Was man hier als „strafreies Irrtum“ ansieht, mußte dort als „ungeheurer Terrorismus“ strafschuldig in Betracht gezogen.

Material zur lex Peine. In einem Berliner Blatt, der Morgenpost, findet sich folgende Anzeige:

In Riederlöbnitz bei Senningsdorf, hinter den Schanzen, bietet sich günstige Gelegenheit zur Eröffnung eines Restaurants mit Damenbedienung. Bestanden erfahrenen Betrieb durch den Gemeinde-Vorsteher überliefert.

Das ist einfach lösbar! Der Herr Gemeinde-Vorsteher, der als Vorsitzender eines Kriegervereines vielleicht oft genug schon über die zunehmende „Unzufriedenheit“ geklagt hat, als Vermittler bei Eröffnung einer Kaserne! In eine besonders hübsche Beleuchtung rückt die Annonce aber dann erst, wenn man erfährt, daß der Ort mit dem sittenstrengen Herrn Gemeindevorstand in der Nähe von Spandau, der mit einer starken Garnison belegten preussischen Festung, liegt. Auf die Soldaten wird in erster Linie als Besucher der projektierten Kaserne gerechnet, wie das ja indirekt auch schon aus der in dem Inserat hervorgehobenen günstigen Lage des Platzes „hinter den Schanzen“ hervorgeht. Was sagte doch der verstorbene Militärpaterer Frommel, der bevorzugte Gästefling des Kaisers, einmal von unseren stehenden Heeren? „So wahr es ist“, meinte er, „daß für manche die Armer eine Schule der Bucht ist, so gewiß ist sie für noch viel mehr eine Hochschule der Unzucht.“ So ganz unecht scheint der Mann nicht gehabt zu haben.

Zu der Gefinnungsriechelei in Kriegervereinen wird aus Breslau nachstehender Vorfal gemeldet:

Der Kriegerverein in Rößhörden hatte den Schmiedemeister Blasche, seinen früheren Vorsteher, ausgeschlossen, weil dieser, ob schon er nicht Sozialdemokrat ist, die Unterschrift des Vereines verweigert hatte, worin er behauptete, er gehöre der sozialdemokratischen Partei nicht an. Auf Blasches Klage hat das Landgericht Breslau als Berufungsinanz den Kriegerverein verurteilt, ihn wieder aufzunehmen.

Der Fall in Rößhörden steht wohl kaum vereinzelt da, nur daß nicht jeder, an den das unbillige Verlangen, ein politisches Glaubensbekenntnis abzugeben, herantritt, sich gleich handhaft weigert und gleich energig sein Recht vertritt. Daß übrigens diese Gefinnungsriechelei auch Nichtsoldaten gefährlich werden kann, beweist dieser Fall zur Genüge.

Die Frommen im Lande Braunschweig haben die Regierung zur Herausgabe eines neuen Polizeigesetzes gebucht, zu veranlassen vermocht, durch welches die öffentlichen, sowie die Privatfestlichkeiten von Vereinen erheblich eingeschränkt werden sollen. Der Landtag wandte

sich namentlich gegen die Bestimmung des Entwurfs, wonach Vereine und geschlossene Gesellschaften ihre Festlichkeiten um 12 Uhr beenden sollen. Die Regierung wollte aber gerade in diesem Punkte nicht nachgeben. Der Landtag blieb jedoch in seiner Weisheit unerwiderlich und beharrte auf seinem Antrage, daß man die bezeichneten Festlichkeiten bis 3 Uhr nachts gestatten und den Festfeierort verlegen solle. Eine Einigung zwischen Regierung und Landtag kam damals nicht zu Stande. Jetzt will nun die Regierung das neue Polizei-Gesetz publizieren, ohne jedoch die oben erwähnten Beschlüsse des Landtages dabei zu berücksichtigen. — Man darf gespannt sein, ob der Landtag über die Polizeivormängel liegen wird.

Leber die Beschäftigung der Gefangenen in den unter dem Ministerium des Innern stehenden Gefängnissen Preussens macht die amtliche Statistik für das Jahr 1897/98 folgende Angaben:

Als Grundziff gilt es, daß alle Bedürfnisse sowohl der einzelnen Anstalten wie der gesamten Gefängnisverwaltung, so weit irgend möglich, durch Arbeit der Gefangenen zu befriedigen sind. Alle Hausarbeit wird durch Gefangene verrichtet; die Herstellung der Kleider, Lagerungs- und sonstigen Bedürfnisse geschieht ebenfalls durch Gefangene. In einzelnen Anstalten sind Vereine eingerichtet zur Herstellung der Stoffe für Bekleidung und Lagerung. Die baulichen Reparaturen, größere Umbauten und Ergänzungsarbeiten werden durch Gefangene ausgeführt; bei Neubauten werden sie zur Ausführung der Erdarbeiten, zum Bau einzelner Gebäude und zur Anfertigung sämtlicher Gebrauchsgegenstände für die Küche, und Staatsbehörden, namentlich für die Militärverwaltung, die möglichst gefördert wird, genannt mit jedem Jahre eine größere Ausdehnung. In landwirtschaftlichen Kulturarbeiten werden Aushilfsleistungen verwendet, die mindestens 1 Jahr ihrer Strafe verbleibt, sich gut eignen haben und nach einer Strafe von von nicht mehr als einem Jahre vor sich haben; Gefängnisgefängnisse werden zu solchen Arbeiten nur mit ihrer Zustimmung verwendet, wenn sie 6 Monate verbleibt haben und der Strafe nicht mehr als 2 Jahre beträgt, sie sind aber in der Aushilfsleistung gefangen, getrennt zu beschäftigen. Um eine Schwächung der freien Arbeiter zu verhindern, darf diese Verwendung von Gefangenen nur dann stattfinden, wenn die Arbeiter unterbleiben würden, weil freie Arbeiter für sie nicht zu haben sind, oder die höhere Klasse der Arbeiter die Anlage unrentabel machen würden. Die übrigen Gefangenen werden in öffentlicher Ausbeute an Unternehmern zur Ausführung von Industriearbeiten vergeben. Es ist beachtenswert, daß nach der amtlichen Statistik der Gefangenenanfall die Zahl der in den 24 von den Provinzialverwaltungen zu unterhaltenden Arbeitshäusern auf Grund der vorliegenden Bestimmungen untergebracht Personen im letzten Jahre eine wesentliche Abnahme zeigt. Sie betrug nur 9327 gegen 9836 im Vorjahr, so daß ein Rückgang um 509 oder 5 Proz. festzustellen ist.

Soziales.

Feltes und aus dem Innungsleben. In einem heftigen Städtchen wurde im Laufe des letzten Winters eines Bäder-Innunge gegründet. Ritzlich waren nun die Bäderungen für ein Krankenhaus auf dem Wege der Submission zu vergeben. Die Mitglieder legten gemeinsam durch den Innungs-Vorstand ihre Offerte ein, die einzelnen Mitglieder sollten abwechselnd liefern. Der Preis war, da keine Konkurrenz zu befürchten, entsprechend gestellt. Doch machten die Innungsmitglieder lange Wechler, bis ein auswärtiger Großhändler, der seine Ware von einem Innungsmitglied bezog, infolge seiner mit ganz geringem Angebot (!) eingereichten Offerte die Lieferung erhielt. Alle Schritte der Bädermeister blieben



Auf Abzahlung

erhält jeder unter den günstigsten Zahlungsbedingungen

Möbel, Bürgerliche Einrichtungen, Anzüge, Paletots, Kleiderstoffe, Kinderwagen sowie Waren aller Art.

L. Eichmann,

anerkannt ältestes, grösstes und renommiertestes Waren- und Möbel-Haus dieser Art am Platze. nur Gr. Ulrichstrasse 51 (Eingang Schulstr.) 6 Läden in den Kaisersälen.

Ohne Anzahlung

erhalten neue Küfer, welches schon in anderen Geschäften auf Abzahlung gekauft haben. Waren aller Art.

